

Reden ist Silber, Handeln ist Gold

In Leserbriefen in beiden Landeszeitungen werden immer wieder Sorgen der Bevölkerung aufgezeigt. Bei der Möglichkeit der direkten Rückmeldung an die Gemeinden bleiben Veränderungsvorschläge aber grösstenteils aus.

Von Joël Grandchamp

Vaduz. – Das neuste Beispiel für die Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Landespolitik ist die Initiative zur Sanierung der Pensionskasse von Nikolaus Frick. Mit seinem Engagement steht Frick zwar nicht alleine auf weiter Flur, ist aber einer der wenigen, die sich nicht nur über Umstände beschweren, sondern auch aktiv etwas unternehmen um etwas zu ändern. Die meisten belassen es dabei, am Stammtisch zu politisieren oder einen Leserbrief aufzusetzen. Dabei wäre es wohl in keinem anderen Land der Welt so einfach, direkt mit Politikern zu sprechen, sich zu engagieren und etwas zu ändern.

Der Vaduzer Bürgermeister Ewald Ospelt ist beispielsweise sowohl per Telefon, als auch per E-Mail für die Einwohner von Vaduz erreichbar. Das Gleiche gilt für die meisten anderen Liechtensteiner Vorsteher. Dennoch werden diese Möglichkeiten von den Bürgern kaum genutzt. «Zwei Mal pro Jahr veranstalten wir «Jugend im Gespräch» im Jugendtreff Chamäleon. Dazu kommen noch drei Quartiergespräche, wo die Bürger die Möglichkeit haben, mit mir ins Gespräch zu kommen», sagt der Vaduzer Bürgermeister Ewald Ospelt. Dies eröffne den Bürgern eine Plattform, auch ausserhalb des Rathauses mit ihm ins Gespräch zu kommen. All zu häufig werde diese Möglichkeit jedoch nicht benutzt.

Umfrage in Ruggell

Die Gemeinde Ruggell verschickte vor mehreren Monaten über 800 Umfragebögen an die Haushalte der Gemeinde. Zurückgekommen sind lediglich 74, was einem Rücklauf von weniger als 10 Prozent entspricht. «Wenn den Menschen nichts drückt und er keine Probleme hat, füllt er in aller Regel diese Fragebögen nicht aus», sagt Vorsteher Ernst Büchel. Zwar sei es auch möglich, dass der Fragebogen mit seinen vier Seiten bereits etwas zu lange war, über die Ursachen der niedrigen Teilnehmerzahl könne man nur spekulieren. Die Umfrage habe jedenfalls gezeigt, dass es bei angesprochenen Sorgen keine Schwerpunkte gebe.

Auch Büchel ist für die Einwohner Ruggells jederzeit erreichbar und wird

auf Anlässen auf Sorgen und Probleme angesprochen. So würden sich Leute direkt an die Bauverwaltung, an den Sekretären oder auch an ihn selbst wenden. Hin und wieder, würden Einwohner auch mit Verbesserungsvorschlägen an ihn herantreten. «Als Vorsteher weiss man nie, wann man auf ein Thema angesprochen wird, dafür wurde ein Vorsteher aber auch gewählt», sagt der Ruggeller Vorsteher.

Unterschiede bei den Ortsgruppen

Die regelmässig stattfindenden Ortsgruppenversammlungen der Parteien zeigen ein ähnliches Bild auf. So sind die Teilnehmerzahlen bei Ortsgruppentreffen der letzten Jahre gesunken. «Statutarische Versammlungen werden eher weniger besucht. Themenveranstaltungen, mit besonders brennenden Themen der Gemeinden, vermögen eher mehr Teilnehmer anzuziehen», sagt Jakob Büchel, Präsident der VU, auf Anfrage. Eine genaue Teilnehmerzahl der Ortsgruppenversammlungen sei nur schwer zu benennen, da die Zahlen stark schwanken.

Täglich stehe er im Kontakt mit den Einwohnern Liechtensteins. Diese würden sich häufig an die VU wenden, wenn ihnen etwas missfällt. «Es wäre natürlich auch wünschenswert, wenn häufiger Ideen und Verbesserungsvorschläge eingebracht würden», sagt der VU-Präsident.

Direkter Kontakt zur Regierung

Auch Regierungschef Adrian Hasler ist für die Bevölkerung erreichbar. «Ich bin nach wie vor offen und dankbar über konkrete und konstruktive Verbesserungsvorschläge seitens der Bevölkerung», sagt Hasler auf Anfrage. Diese können jederzeit am Schalter der Regierungskanzlei oder dem Regierungsssekretariat abgegeben werden. Anschliessend werde versucht, die Vorschläge möglichst transparent und persönlich zu beantworten. «Der Kontakt zur Bevölkerung findet aber auch auf der Strasse, bei Anlässen und auf Informationsveranstaltungen zu den gegebenen Themen statt», sagt Hasler.

Auch um Regierungschef Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer zu erreichen, gibt es viele Möglichkeiten. «Es treffen jede Woche Kontaktaufnahmen bei mir ein. Ich bemühe mich dann jeweils, innert nützlicher Frist zu antworten, sofern eine Antwort gewünscht wird oder Sinn macht», sagt Zwiefelhofer. Aufgrund der vielen Termine sei eine telefonische Kontaktaufnahme schwierig, deshalb würden



Bürger verschaffen sich Gehör: Eine Volksinitiative wird zur Vorprüfung an die Regierung übergeben. Nur Monate später kommt es zur Abstimmung über «Ja – damit deine Stimme zählt».

Bild Archiv/Daniel Schwendener

Rückmeldungen meist per E-Mail oder Schreiben erfolgen. Häufig werde Zwiefelhofer aber auch auf der Strasse oder an Veranstaltungen angesprochen. «Aufgrund der Vielfalt der Themen in meinem Ministerium bin ich bei sehr vielen Gelegenheiten in der Öffentlichkeit, bei Veranstaltungen, Betriebsanlässen, Feiern etc., wo ich immer wieder direkt angesprochen werde. Für mich ist das normal und gehört zur Arbeit eines Politikers. Ich freue mich über Input, solange der Ton stimmt und nicht einseitige Interessen übermässig eingefordert werden», sagt Zwiefelhofer. Die Möglichkeit, direkt mit hochrangigen Politikern in Kontakt zu treten, sei für Zwiefelhofer jedoch eine der Qualitäten Liechtensteins.

Aufwand und Aufmerksamkeit

Wieso Bürger lieber einen Leserbrief aufsetzen, anstelle mit Vorschlägen bei den vielen möglichen Stellen vorstellig zu werden, kann viele Gründe haben. «Ein Leserbrief ist im Allgemeinen weniger aufwändig als die direkte Beteiligung in der Politik», sagt Rainer Greifeneder, Sozialpsychologe an der Universität Basel, auf Anfrage des «Liechtensteiner Vaterland». Wichtiger als der tatsächliche Aufwand sei aber die subjektive Sicht darauf. «Wenn Engagement in der Politik als aufwändig wahrgenommen wird,

kann es tatsächlich noch so einfach sein, die Möglichkeit wird trotzdem nicht wahrgenommen», sagt Greifeneder.

Mit einem Leserbrief sei die Chance zudem höher, ein grösseres Publikum zu erreichen. Obwohl ein Einreichen einer Verbesserungsmöglichkeit an der richtigen Stelle grosse Wirkung zeigen kann, werde dies von der Bevölkerung häufig nicht so wahrgenommen. «Wer ein breites Forum erreichen will, ist subjektiv mit der Zeitung besser bedient. Hierbei setzen Individuen wahrscheinlich «Reichweite» mit «Erfolgswahrscheinlichkeit» gleich, wobei diese Gleichung selbstverständlich nicht stimmen muss», erklärt der Sozialpsychologe. Dazu komme, dass die meisten Bürger wissen, wie man eine der Landeszeitungen erreicht, während viele unsicher seien, bei welcher Amtsstelle man sein Anliegen am Besten platzieren könne.

Ein weiterer Grund könnte zudem sein, dass man sich selbst gerne in einem positiven Licht sieht und von anderen gelobt werden möchte. «Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Nachbar das eigene Engagement bemerkt, ist bei der Zeitung höher als bei einer Eingabe bei der Gemeinde, die vielleicht nur ein Sachbearbeiter liest», sagt Greifeneder. Dies sei ein sehr menschlicher Aspekt, habe jedoch nichts mit einer inhaltlichen Wirksam-

keit zu tun. «All das sind mögliche Optionen. Meines Erachtens spielen häufig aber auch mehrere Aspekte zusammen», fasst Greifeneder abschliessend zusammen.

Vermehrte Mitarbeit der Bürger

Seit der Einführung direktdemokratischer Rechte in der Verfassung von 1921 kam es zu 62 Initiativen und Referenden, die aufgrund von Unterschriftensammlungen zustande kamen. Fast ausnahmslos folgten hierauf Abstimmungen an der Urne. Betrachtet man die Häufigkeit der Abstimmungen über die Jahre hinweg, fällt auf, dass es bis zum Jahr 1969, der Hälfte der betrachteten Zeitspanne, zu nur 19 Abstimmungen kam. Die Hälfte aller Initiativen und Referenden kam seit 1988 vor das Stimmvolk, also in den letzten 25 Jahren.

«Die Demokratie hat sich in Liechtenstein sehr lebendig entwickelt, momentan haben wir eine relativ aktive Bevölkerung», sagt Wilfried Marxer, Forschungsleiter Politik und Direktor am Liechtenstein-Institut. Dies bestätigen die Zahlen, zumal seit 2002 neun Initiativen und neun Referenden lanciert wurden. «Bei einer Volksinitiative kann man sich aber auch fragen: Wer ist der Verursacher? In der Vergangenheit waren Volksinitiativen nicht selten auch ein strategisches Mittel der Parteien», sagt Marxer.

Heizwerk Balzers: Regierung will 200 000 Franken jährlich zahlen

Diese Woche wird der Landtag über die Zukunft des Holzheizwerks Balzers entscheiden. Die Regierung schlägt vor, das Werk jährlich mit maximal 200 000 Franken zu unterstützen.

Von Angela Hüppi

Vaduz/Balzers. – Im Juni wurde die Motion, die sich für einen staatlichen Beitrag an den Bau des Holzheizwerks Balzers in der Höhe von 3 Millionen Franken in Form eines zinslosen Darlehens aussprach, vom Landtag abgelehnt. Das Nein zur Motion bedeute aber kein Nein zum Projekt an sich, betont die Regierung in ihrem neuesten Bericht und Antrag über die Ausrichtung von Beiträgen an den Betrieb eines Holzheizwerks in Balzers.

Die Abhängigkeit von den fossilen Energieträgern Öl und Erdgas sowie der CO₂-Ausstoss sollen reduziert und das Energieholzpotezial der Liechtensteiner Wälder maximal ausgeschöpft werden. Über den Sommer

haben daher die Landtagsfraktionen gemeinsam mit der Regierung eine neue Lösung zur finanziellen Unterstützung des Holzheizwerks ausgearbeitet.

Einsparungen weitergeben

Gemäss Bericht und Antrag schlägt die Regierung vor, der Bürgergenossenschaft Balzers während 15 Jahren Beiträge an den Betrieb des Holzheizwerks zu bezahlen. Während der ersten zehn Jahre soll sich der Betrag auf maximal 200 000 Franken belaufen.

Davon ergeben sich 100 000 Franken aus den Einsparungen für das Land im Bereich der Waldbewirtschaftung, die an das Holzheizwerk weitergegeben werden sollen. Zusätzlich sollen maximal 100 000 Franken als Gegenleistung für die erzielten CO₂-Reduktionen ausbezahlt werden. Zurzeit kann von voraussichtlichen Reduktionen im Umfang von rund 4000 Tonnen CO₂ pro Jahr ausgegangen werden. Für die letzten fünf Jahre soll die Situation dann erneut beurteilt und der staatliche Bei-

trag entsprechend den neuen Bedingungen angepasst werden.

Risiken für Bürgergenossenschaft

Die Regierung erkennt in ihrem Bericht und Antrag an, dass der Bau des Holzheizwerks Balzers für die Bürgergenossenschaft Balzers ein risikobehaftetes Projekt ist. Denn zum einen müsse für den Bau ein Kredit von insgesamt 8 Millionen Franken aufgenommen werden, und zum anderen müsse die Bürgergenossenschaft Risiken wie etwa den Ausfall eines Grosskunden alleine tragen. Um das Gesamtrisiko zu verringern, hätten sich die Heizwerkbetreiber daher entschlossen, die BGB Holzheizwerk AG zu gründen. «Das hat für alle Beteiligten Vorteile, lässt sich dadurch die Buchhaltung der Heizwerkbetreiber doch wesentlich einfacher überwachen», schreibt die Regierung im Bericht und Antrag.

Um die Auszahlung der Beiträge und die Berechnung der erzielten CO₂-Reduktion klar und verlässlich zu regeln, soll mit der Bürgergenossenschaft Balzers als Aktionär eine



Könnte doch noch staatliche Beiträge erhalten: Das von der Bürgergenossenschaft Balzers geplante Holzheizwerk.

Visualisierung pd

entsprechende Vereinbarung abgeschlossen werden. Auch die Bedingungen für die Beteiligung des Landes an einem allfälligen Betriebsgewinn ab einer gewissen Gewinnhöhe sollen in der Vereinbarung festgelegt

werden. Der Landtag entscheidet in seiner September-Sitzung, die heute beginnt, ob er mit dieser Gestaltung der staatlichen Beiträge an das geplante Holzheizwerk Balzers einverstanden ist.